

II-141 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

15.7.1966

83/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Hertha F i r n h e r g, Z a n k l, L u p t o w i t s und Genossen
 an den Bundesminister für Unterricht,
 betreffend politische Propaganda einer Körperschaft öffentlichen Rechts.

- - - - -

Der Hauptausschuß der Österreichischen Hochschülerschaft an der Universität Wien und der Zentralausschuß der Österreichischen Hochschülerschaft geben seit einiger Zeit Zeitschriften heraus, die zunächst getarnt, dann immer weniger getarnt parteipolitische Propaganda betrieben haben und in letzter Zeit völlig unverhüllt wie Organe der ÖVP schreiben, obwohl es sich bei der Österreichischen Hochschülerschaft um eine Körperschaft öffentlichen Rechts handelt.

Die Zeitschrift "en face" brachte in ihrer "Wahlnummer" vom März 1966 eine Reihe von Propagandaartikeln, auf der Titelseite insbesondere einen ausführlichen Bericht über Wahlkampfaktionen der ÖVP. Die Zeitschrift "Bilanz" attackiert in sehr niveauloser Weise sozialistische Politiker, nimmt nach wie vor in sehr aufklärungsbedürftiger Weise zum Fall Borodajkewycz Stellung und zeigt geradezu demonstrativ, daß es ihr auf eine objektive Schreibweise nicht ankommt.

Obwohl es sich, wie bereits erwähnt, bei der Österreichischen Hochschülerschaft um eine Körperschaft öffentlichen Rechts handelt, die mit dem Privileg der Zwangsmitgliedschaft ausgestattet ist und die von den Beiträgen aller Studenten finanziert wird, so daß den verantwortlichen Funktionären die Verpflichtung auferlegt ist, sich zumindest um ein Mindestmaß an politischer Objektivität zu bemühen, wollen sich die unterzeichneten Abgeordneten an dieser Stelle mit der Schreibweise dieser Pressepublikationen nicht auseinandersetzen. Entscheidend ist vielmehr die Frage, ob der zur Aufsicht über die Österreichische Hochschülerschaft Berufene, der Bundesminister für Unterricht, diese Presseerzeugnisse aus Budgetmitteln subventioniert und daher in ihrer Schreibweise unterstützt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Unterricht die nachstehenden

A n f r a g e n :

1. Sind die Meldungen richtig, wonach die von der Österreichischen Hochschülerschaft herausgegebene ÖVP-Propagandazeitschriften aus Budgetmitteln subventioniert werden?
2. Wenn ja, in welcher Höhe bewegen sich diese Subventionen?